

Roman Köster

Technikkonzeptionen der Nationalökonomie in der Weimarer Republik

1. Problemstellung

Die Forschung zur Weimarer Republik hat das Thema Technik bisher hauptsächlich in Bezug auf Kunst und Wirtschaft thematisiert. Technik war ein dominantes Motiv und Thema der Kunst der 1920er Jahre, sei es in den sprichwörtlich kalt-glänzenden Entwürfen der Neuen Sachlichkeit oder der Verschmelzung von Mensch und Maschine in kulturkritischen Romanen wie Ernst Jüngers *Der Arbeiter*. Großtechnik und Serienfertigung wiederum entfachten im Zuge der Rationalisierungsbewegung geradezu eine Technikeuphorie, der freilich im Rahmen der Weltwirtschaftskrise eine genauso überzogene Technik-Enttäuschung folgte.

Der Ausdruck „Technikeuphorie“ sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bewertung von Technik (sich nicht zuletzt aus älteren kulturkritischen Strömungen speisend) auch in den 1920er Jahren durchaus ambivalent war. Schließlich verband sich mit ihr die durch die Industrialisierung hervorbrachte Desintegration der Gesellschaft. Die Maschine war es mutmaßlich, die den Menschen dem traditionellen Leben entfremdete. Trotzdem folgte, wie Thomas Rohkrämer in seiner Arbeit über kulturkritische Strömungen von 1880 bis 1930 zeigen konnte (Rohkrämer 1999), aus der Kritik an der Moderne keine Verdammung der Technik, sondern der Versuch, sie in eine neue Ordnung zu integrieren. Das hatte weniger damit zu tun, dass man hinter einen einmal erreichten Stand des Könnens und Wissens schlecht zurückkonnte, sondern resultierte mehr aus dem Potential an Eindeutigkeit, das der Technik innewohnte: sie schien nach klar beschreibbaren Gesetzen zu funktionieren; es sollte immer *eine* technisch beste Lösung geben. Wird jedoch die Frage gestellt, warum diese technisch beste Lösung sich nicht immer durchsetzte, steht man bereits mitten im Problemfeld des vorliegenden Textes, der sich mit Funktion und Bedeutung von Technik im volkswirtschaftlichen Denken der Weimarer Republik beschäftigt.

Zentral für die Technikwahrnehmung der 1920er Jahre war das Bewusstsein enormer Produktivitätsfortschritte. Dies zum einen im Rückblick auf die im

Laufe der Industrialisierung erbrachten Leistungen, zum anderen im Hinblick auf eine extrem dynamische Gegenwart, die das Gesetz der abnehmenden Erträge als geradezu widersinnig erscheinen ließ. Zugleich fanden diese Produktivitätsfortschritte jedoch nach einer weitverbreiteten Meinung keine Entsprechung in der Wohlfahrt der Gesellschaft. Gerade wegen der Eindeutigkeit von Technik lenkte diese Verteilungsfrage die Aufmerksamkeit auf die Personen, welche die Maschinen gebrauchten und besaßen, was wiederum zu der Diagnose führte, dass die Technik und das Soziale nach unterschiedlichen Regeln funktionierten. Beide miteinander zu versöhnen musste das Ziel von Gesellschaftskonzeptionen sein, welche die Desintegration der Moderne in einem „höheren Dritten“ (Schmitt 1921: 396) überwinden wollten. Wenn Technik jedoch als eine Gestaltungskraft der Gesellschaft gesehen wurde, lag es nahe, die Spannung zwischen Technik und Sozialem durch eine gegenseitige Anverwandlung zu überwinden. Dies meinte keineswegs die einseitige Unterwerfung des Menschen: im gleichen Maße fand eine „Verlebendigung“ der Technik statt, die ihren eigenen Lebensgesetzen zu folgen schien, in die der Mensch sich einfühlend musste, wollte er zu einem wirklichen Verständnis der technischen Zusammenhänge gelangen. Der enge Konnex von Rationalisierung und Gemeinschaft gibt hier einen ersten Hinweis (Hachtmann 1996: 214ff).

Der vorliegende Text versucht diesem Zusammenhang am Beispiel des Technikverständnisses der Nationalökonomie in der Weimarer Republik nachzugehen. Die Nationalökonomie war in dieser Zeit eine Wissenschaft in der Krise; mit dem Ende des Ersten Weltkriegs war auch das Ende der bis dahin dominanten Jüngerer Historischen Schule eingeläutet, die sich in ihrem Denken stets selbstverständlich auf die Institutionen des wilhelminischen Deutschland bezogen hatte (Häuser 1994: 49f). Mit dessen Untergang war auch das Paradigma des Historismus in der Nationalökonomie nicht mehr tragfähig und an seiner Stelle suchte die Disziplin nach einer neuen Leitvorstellung. Dass diese Suche nicht erfolgreich war, hatte viel damit zu tun, dass die Nationalökonomie die wirtschaftliche und soziale Ordnung der Weimarer Republik als veränderbar und veränderungsbedürftig, ja als bereits in der Transformation befindlich ansah: als Übergangsphase und „Vorgeschichte“ eines noch zu realisierenden Neuentwurfs, in der nicht nur die Gegenwartsprobleme der Weimarer Republik, sondern der Moderne überhaupt überwunden würden. Aus diesem Grund aber gerade eignet sich die Untersuchung der nationalökonomischen Technikvorstellungen der 1920er Jahre, Aufschlüsse über das Verhältnis von Wirtschaft und Technik zu gewinnen: Technik wurde nicht auf eine bereits bestehende, zumeist unkommuniziert mitlaufende Ordnung (die kapitalistische Marktwirtschaft) bezogen, sondern die wirtschaftliche Ordnung als Ganzes stand zur Diskussion. Darum wurde explizit thematisiert, was Technik zu ihrer Neugestaltung beitragen konnte – und welche Probleme dabei auftraten.

2. Technik und das System der reinen Ökonomie

Welchen theoretischen Stellenwert nahm Technik im ökonomischen Denken der 1920er Jahre ein? Dazu soll zunächst auf die Bedeutung der Technik im System der „reinen Ökonomie“ eingegangen werden, also der allgemein als Neoklassik bezeichneten Richtung der ökonomischen Theorie. Diese sah die Wirtschaft durch ihrem Nutzenkalkül folgende Individuen konstituiert und versuchte, davon ausgehend, die ökonomischen Beziehungen mittels des Grenznutzenansatzes zu beschreiben. Eugen v. Böhm-Bawerk, ehemals österreichischer Finanzminister und bedeutender Vertreter der sog. „Österreichischen Schule“ der Nationalökonomie, hatte zu Anfang des 20. Jahrhunderts mit Rudolf Stolzmann eine Kontroverse darüber ausgefochten, wodurch der Gang des Wirtschaftsleben bestimmt würde: durch Macht oder ökonomisches Gesetz? Die gegenüber Stolzmann intellektuell überzeugendere Antwort Böhm-Bawerks lautete, dass Machtfaktoren sich nur innerhalb des durch ökonomische Gesetze bestimmten Rahmens auswirken konnten: staatliche Prestationen beispielsweise griffen zwar in die Wirtschaft ein, letztere reagierte darauf aber gemäß ihrer eigenen Gesetze. Solche Maßnahmen konnten deswegen bestenfalls zu einer Verformung des Systems und zu Dysfunktionalitäten führen, jedoch nicht im eigentlichen Sinne dazu, dass der Staat die Wirtschaft steuerte oder gar „beherrschte“.

Für Technik galt prinzipiell dasselbe. Technik war für die neoklassische Theorie nur relevant, soweit sie die ökonomischen Parameter beeinflusste, also Löhne, Preise, Zinsen. Das System selbst wurde in seiner Funktionsweise nicht berührt, geschweige denn konstituiert. In diesem Rahmen konnte Technik bzw. technischer Wandel jedoch durchaus als relevantes Phänomen thematisiert werden. Knut Wicksell machte in seiner für die monetäre Theorie grundlegenden Arbeit *Geldzins und Güterpreise* die folgenreiche Unterscheidung zwischen dem Marktzins (dem faktischen Zins) und dem natürlichen Zins, also dem Zins, der sich aufgrund der Marktparameter eigentlich ergeben müsste. Eine ökonomisch relevante technische Innovation konnte nach Wicksell dazu führen, dass der natürliche Zins anstieg, ohne dass die Banken dies bemerkten, weil sich die technologische Innovation noch nicht ausgewirkt hatte und ihre Potentiale im vorhinein schwer abzuschätzen waren (Wicksell 1898: 130). Ein zu niedriger Zins führte dann zu Preissteigerungen und einer erhöhten Geldumlaufgeschwindigkeit. Wicksell war sich noch nicht recht im Klaren darüber, wie er dieses Phänomen einzuschätzen hatte. Die liberalen Ökonomen Ludwig Mises und Friedrich Hayek bewerteten die Differenz zwischen Marktzins und natürlichem Zins in den 1920er Jahren jedoch sehr negativ, weil sie zu einem (durch die Inflation noch direkt vor Augen stehenden) „Scheinaufschwung“ führten. Auf diesen wiederum erfolgte eine gravierende Korrektur durch den Markt, bei der hochspezifische Investitionen verloren gingen. Mises und Hay-

ek sahen das Auseinanderfallen von Marktzins und natürlichem Zins allerdings schon nicht mehr durch technischen Fortschritt begründet, sondern durch ideologisches Agieren der Banken bzw. als Resultate von deren gegenseitiger Kreditvergabe (Mises 1928: 61; Hayek 1929: 75-95).

Abgesehen von Wicksell blieb das Problem des technischen Wandels in der neoklassischen Statik zumeist außen vor. Technik wurde als exogener Faktor angesehen und deshalb in der Regel unter *ceteris paribus* Bedingungen gefasst bzw. höchstens als gleichförmiger technischer Wandel in Form eines kontinuierlichen Produktivitätszuwachses operationalisiert. Einen anderen Weg ging jedoch die sog. dynamische Theorie Joseph Schumpeters, der kurz vor dem Ersten Weltkrieg in seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung versucht hatte, die Änderung exogener und endogener Einflussfaktoren miteinander in Beziehung zu setzen (Schumpeter 1964/1911). Aber auch wenn Schumpeter die langen Wellen der Konjunkturentwicklung („Kondratieffs“) als Innovationszyklen ansah, musste er sich mit der Kritik befassen, warum sich technische Innovationen nur im Aufschwung durchsetzen sollten (Singer 1932: 8). Es ist an dieser Stelle allerdings müßig, den Versuchen nachzugehen, wie das Problem im einzelnen zu lösen versucht wurde. In den 1920er Jahren hatte diese Debatte ihren Platz vor allem auf dem Feld der Konjunkturtheorie, der Domäne der jüngeren Wissenschaftler des Fachs. Weil sich an der Diskussion auch marxistische (dennoch im Rahmen der ökonomischen Theorie argumentierende) Wissenschaftler wie Adolf Löwe oder Gerhard Colm beteiligten, spielten technische Aspekte eine gewisse Rolle (Beckmann 2000: 201ff). Aber im Grunde behandelte die ökonomische Theorie Technik lediglich als ein lästiges Theorieproblem.

Im Kontrast dazu sahen viele Ökonomen in den 1920er Jahren Technik durchaus anders, nämlich als ein die Wirtschaftsordnung gestaltendes Element. Dieser Blick auf die Technik war in erster Linie der Tradition der Jüngeren Historischen Schule geschuldet. Die von Karl Bücher, Gustav Schmoller und anderen konstruierten Stufenschemata der wirtschaftlichen Entwicklung waren unabhängig von einem bestimmten Stand der Technik nicht zu denken. Werner Sombart und Max Weber radikalisierten deren Auffassung, indem sie gegenüber der Vorstellung der Einheit der Wirtschaftsentwicklung das qualitativ Neue des Kapitalismus zur traditionellen Wirtschaftsweise betonten. Zu der bestimmten „Form“, welche für die Entstehung des Kapitalismus nötig war, gehörte auch der Stand und die Entwicklungsfähigkeit der Technik (Weber 1958/1923: 239f). Hier lässt sich gegenüber der neoklassischen Theorie eine zentrale Perspektivverschiebung beobachten: es handelte sich nicht um die Selbstgestaltung der Gesellschaft nach unhintergehbaren Regeln, sondern Gestaltung wurde als Wirken spezifischer historischer Kräfte gesehen, und eine der entscheidenden historischen Gestaltungskräfte war die Technik. Bei Sombart wird das ganz deutlich, da er Technik neben Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsgesinnung

zum Bestimmungsgrund eines jeweils historisch konkreten Wirtschaftssystems erhob (Sombart 1930: 184) Damit war aber ein fundamental anderer theoretischer Rahmen gegeben, der trotz teilweise formal ähnlicher Aussagen einen scharfen Gegensatz zum wirtschaftstheoretischen Liberalismus festschrieb; auch lag hier eine wesentliche Gemeinsamkeit mit dem marxistischen Denken. Als Beleg dafür kann die bei Nationalökonominnen jedweder Couleur zu beobachtende Charakterisierung des ökonomischen Wettbewerbs als „Kampf“ dienen. Selbst wenn in Rechnung zu stellen ist, dass Kampf eine philosophische Modevokabel der ersten Jahrhunderthälfte war, so wurde mit dem Gebrauch dieses Begriffs trotzdem eine Abgrenzung gegen den wirtschaftstheoretischen Liberalismus englischer Provenienz vollzogen, der den Wettbewerb mehr als eine Art Sport oder Spiel sehen wollte (Force 2004: 82f). Zu dessen semantischem Gehalt gehörte ein vorausgesetzter Bestand von Regeln, die das Spiel als solches überhaupt erst konstituierten. Der semantische Gehalt des Kampfbegriffs verwies hingegen darauf, dass im Verlauf des historischen Prozesses die Regeln erst in der Auseinandersetzung der Menschen miteinander und mit der Natur geschaffen wurden. Der Erlanger Nationalökonom Hero Möller schrieb beispielsweise, dass der Krieg aller gegen alle dem Menschen von der Natur aufgegeben sei und sich auf dem nicht friedlichen, aber in der Regel unblutigen Gebiet des Wettbewerbs zum System der freien Konkurrenz verdichte (Möller 1932: 4). Hier sollte deutlich werden, wie die formale Ähnlichkeit mancher Aussagen zum Liberalismus (freie Konkurrenz etc.) eher zu einem Missverständnis führen, worum es eigentlich ging.

Daraus lässt sich ableiten, auf welche Weise Technik im ökonomischen Denken der 1920er Jahre von jenen Ökonomen operationalisiert werden konnte, die zwar nicht mehr die „Jüngere Historische Schule“ bildeten, jedoch bestimmte Formen und Motive des Denkens aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg weitertrugen. Technik war für dieses Denken, das man (trotz der etwas misslichen Wortähnlichkeit zur *post-histoire*) als post-historistisch bezeichnen könnte, ein Gestaltungs- und Kampfmittel, das die Wirtschaft in ihrem historischen Aufbau wesentlich bestimmte. Hier verschwand die logische Suprematie der Marktbeziehungen: das „Wirtschaftliche“, das „Soziale“, das „Politische“ waren logisch beieinander geordnet und wirkten gegenseitig aufeinander ein. Die sie zusammenfassende Einheit war wiederum eine historische Totalität: bei Schmoller die Volkswirtschaft, bei Sombart das Wirtschaftssystem, im neoromantischen oder organozistischen Denken zumeist der Staat (Kretschmar 1930). Allein bestand ein Unterschied darin, ob das Gestaltungspotential des Menschen in Beziehung zu historisch gewordenen und auf den Menschen zurückwirkenden Institutionen gesetzt wurde, wie dies die Jüngere Historische Schule getan hatte, oder ob diese Institutionen selbst als noch zu gestaltende angesehen wurden. Aus der geschichtlichen Situation heraus bevorzugte das post-historistische Denken der 1920er Jahre in der Regel den zweiten Weg.

3. Wirtschaft und Technik: Verhältnisbestimmungen

Indem die Vertreter der Jüngerer Historischen Schule wie Gustav Schmoller Technik als endogenen Faktor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung begriffen, konnten sie ein avancierteres Verständnis von Technik entwickeln, als es der ökonomischen Theorie möglich war. Sie betrachteten einzelne technische Innovationen nicht isoliert, sondern als Kulturleistung. Daraus entwickelte sich ein Verständnis des kumulativen technischen Fortschritts und von dessen Bedeutung für die Wirtschaft (Schmidt 1993: 268-274). Indem aber der Fokus der Betrachtung über das im Sinne der ökonomischen Theorie „rein Wirtschaftliche“ hinaus erweitert wurde, brachte der Begriff der Technik zugleich auch große Probleme mit sich. Kumulativer technischer Fortschritt meinte ja nicht allein die Artefakte, sondern auch die technischen Verfahren und das technische Wissen, und dies alles musste auf eine bestimmte Art zusammengebracht werden. Gerade für die sehr begriffssensiblen 1920er Jahre bestand eine enorme Schwierigkeit darin, angesichts der Komplexität dieser Probleme den Begriff der Technik angemessen zu definieren und abzugrenzen.

Die Auflistung verschiedener Technikdefinitionen führt hier nicht wesentlich weiter. Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld (1923: 9) verstand unter Technik „das abgeklärte Ganze der Verfahren und Hilfsmittel des naturbeherrschenden Handelns“. Andreas Voigt (1928: 47) sah in der Technik alle Mittel zur Verwirklichung einer praktischen Idee und Werner Sombart (1911: 307) unterschied bereits früher zwischen einem weiteren Verständnis von Technik als einer zweckbestimmten und zweckmäßigen Verfahrensweise sowie einem engeren Verständnis als Produktionstechnik. Diese Definitionen sind zu allgemein, um konkret etwas mit ihnen anzufangen. Interessanter ist, dass die meisten Nationalökonominnen bei der Verhältnisbestimmung von Wirtschaft und Technik der ersteren das Primat zugestanden: „Die Technik hat es nur mit dem Wie der menschlichen Handlungen, die Wirtschaft dagegen mit dem Ob ihrer Ausführungen, dem Entschluß dazu zu tun.“ (Voigt 1928: 48). Gottl-Ottlilienfeld schrieb, für jede Leistungssteigerung müsse notwendig die Rentabilität als Richtschnur dienen: Die Wirtschaft rede „durch den Mund der Unternehmung und in der Sprache der Rentabilität zur Technik“ (Gottl-Ottlilienfeld 1923: 28). Dabei ist es vielleicht nicht ganz korrekt zu sagen, dass Wirtschaft und Technik in einem Zweck/Mittel-Verhältnis zueinander gesehen wurden. Einige Nationalökonominnen hatten Probleme damit, die Wirtschaft als ein Zweckgebilde zu begreifen, weil sie nach ihrer Meinung auf einer höheren Stufe die „gestalthafte Verbürgnis des dauernden Einklangs von Bedarf und Deckung“ darstellte (Gottl-Ottlilienfeld 1932: 8) oder als Inbegriff der Mittel für Ziele gesehen wurde, die einem *a priori* gesetzten Reich der Werte dienstbar zu sein hatten (Spann 1921). Trotzdem ist bei den meisten Autoren eine klare Unterordnung der Technik unter die Wirtschaft erkennbar (ebd.: 43ff).

Das Verhältnis von Wirtschaft und Technik hatte aber noch einen weiteren Aspekt, der sich exemplarisch anhand von Friedrich v. Gottl-Ottlilienfelds zweiter Auflage seines Beitrags über Technik und Wirtschaft zum *Grundriß der Sozialökonomik* zeigen lässt. Gottl-Ottlilienfeld ist heute in der Forschung höchstens noch durch seine Begriffsprägung „Fordismus“ bekannt (Nolan 1994: 48f), ansonsten als Ökonom weitgehend vergessen. Auf sein organisatorisches, überhistorisches Konzept der „Wirtschaft als Leben“ (Gottl-Ottlilienfeld 1925) muss hier nicht eingegangen werden: es handelte sich dabei um eines der solipsistischen nationalökonomischen Systeme, die wesentlich zu der Krise des Fachs in den 1920er Jahren beitrugen. Seine Arbeiten zur Technik stellten jedoch die zeitgenössisch sicher prominenteste Auseinandersetzung mit dem hier behandelten Problem dar. Besonders folgenreich war dabei seine Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und technischer Vernunft. Die technische Vernunft sah Gottl-Ottlilienfeld (wie Wirtschaften überhaupt) aus dem Geist der Lebensnot geboren. Ihr kategorischer Imperativ forderte den Menschen auf, so zu handeln, dass bei der Verfolgung eines Zweckes anderen möglichst wenig Abbruch getan wurde – also mit möglichst geringem Aufwand vorzugehen (Gottl-Ottlilienfeld 1923: 13). Hingegen orientierte sich die wirtschaftliche Vernunft an der Rentabilität. Technische und wirtschaftliche Vernunft waren jeweils aufeinander angewiesen – die technische Vernunft zeigte das Mögliche, die wirtschaftliche Vernunft entschied über ihre Realisierung. Ziel eines Unternehmens musste es sein, die „Ertriebswucht“ (einer von Gottls typischen Neologismen) zu steigern, also die wirtschaftliche und technische Vernunft harmonisierende Leistungskraft des Betriebs zu maximieren (ebd.: 26f). Dafür gab Gottl-Ottlilienfeld auch eine Anleitung, indem er zahlreiche, systematisch miteinander verbundene Prinzipien der Technik herausarbeitete. In diesen waren die Anforderungen der wirtschaftlichen Vernunft jeweils schon mitgedacht, weil es um die ganzheitliche Leistungssteigerung des Betriebsablaufs ging, dessen Beschleunigung schließlich die *ultima ratio* der Rationalisierung darstellte (ebd.: 116-133).

Gottl-Ottlilienfelds zentrales Thema war die Harmonisierung von technischer und ökonomischer Vernunft. Implizit wurde damit jedoch vorausgesetzt, dass beide Rationalitäten auch in Konkurrenz zueinander stehen konnten (in der Betriebswirtschaftslehre beispielsweise gab es einen relativ prominenten Streit zwischen Wilhelm Rieger und Eugen Schmalenbach, ob Rentabilität oder Wirtschaftlichkeit als Betriebsziel auszugeben sei). Der Gegensatz dieser beiden Rationalitäten resultierte vor allem daraus, dass die technisch beste Lösung nicht immer die ökonomisch sinnvollste sein musste. Die ökonomische Rationalität stellte das kurzfristige Liquiditätsinteresse des einzelnen Betriebs in den Vordergrund; die technische Rationalität nahm dagegen ein Nachhaltigkeitsargument für sich in Anspruch. D.h., auch wenn die technisch beste Lösung sich nicht immer rentierte, so führte sie doch zu einer Verbesserung

des Produktionspotentials der Gesamtwirtschaft. Nach Walter Waffenschmidt hatte es der Techniker mit der „Gesamtharmonie“ zu tun, während sich der Kaufmann mit Einzelproblemen beschäftigte (Waffenschmidt 1928: 107). Zugleich wurde dieses Problem mit dem Hinweis darauf zu lösen versucht, dass in beiden Bereichen im alltäglichen Sprachgebrauch Effizienz als Wirtschaftlichkeit bezeichnet wurde – in Wirklichkeit also gar kein Unterschied bestände, nur jeweils das Ziel ein anderes sei (ebd.: 104). Warum es zu einem Konflikt von ökonomischer und technischer Vernunft kommen konnte, ist jedenfalls angesichts der historischen Rahmenbedingungen der 1920er Jahre relativ eindeutig: Die Technik eröffnete scheinbar ungeahnte Möglichkeiten in Gegenwart und Zukunft, während sich in Wirtschaft und Politik in steigendem Maße Funktionsstörungen beobachten ließen. Das legte für die Zeitgenossen zumindest die Frage nahe, ob eine Wirtschaftsordnung, in der diese beiden Rationalitäten auseinanderfielen, nicht besser durch eine andere ersetzt werden sollte.

Die Unterscheidung zwischen technischer und wirtschaftlicher Vernunft führte zu einer Akzentverschiebung bei der theoretischen Behandlung der Technik. Im Gegensatz zur Vorkriegsdiskussion spielten in der Nationalökonomie bis zur Weltwirtschaftskrise die Rückwirkungen der Technik auf den Menschen (Herkner 1921: 27-37) oder die Kultur, wie in Werner Sombarts bekannten Aufsatz (Sombart 1911), eine relativ geringe Rolle. Statt dessen standen sich zwei Handlungsrationaltäten gegenüber, die jeweils die Gestaltungspotentiale des Menschen betonten und sich beide auf ein Mögliches bezogen: die ökonomische Rationalität im Rahmen der gegebenen Umstände, die technische Rationalität auf den scheinbar unbegrenzten Horizont des im weitesten Sinne technisch Machbaren (Röpke 1925: 103f). „Wem das schon zuviel ist, was ich als unerlässlich bezeichne, der hat kein Gefühl für die Stärke der Triebkräfte der Geschichte. Noch immer hat sich in bewegten Zeiten erwiesen, daß das als utopisch gebrandmarkte nur den Fehler hatte, das ganze Ausmaß der Möglichkeiten nicht voll auszuschöpfen“, begründete Rudolf Goldscheid (1919: 20) seinen Sozialisierungsentwurf als Weg, die technischen Produktivitätspotentiale der Gemeinwirtschaft nutzbar zu machen. Insofern war der technischen Rationalität zumindest die Tendenz inhärent, das bereits Gestaltete, die bestehenden Institutionen zu ignorieren.

4. Technische Rationalität und die Umgestaltung der Wirtschaft

Joseph Schumpeter hat in *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus trotz seiner materiellen Erfolge keine Wirtschaftsordnung ist, die bei den Massen auf Solidarität rechnen kann. Sobald er keine Wachstumsraten von 2% jährlich generiere (nach Schumpeters Berechnung der Durchschnitt seit Beginn der Industriellen Revolution), schwinde

seine Akzeptanz (Schumpeter 1972/1946: 120f, 231ff). Eine Gewerkschaftszeitung drückte das 1926 in bemerkenswerter Klarheit aus: „Der Kapitalismus, mit seiner ungleichen Güterverteilung, mit seiner ungerechten Verteilung der Lebenslose war nur erträglich durch seine Fähigkeit, durch Verbilligung des Produktionsprozesses immer größere Gütermengen zu schaffen und immer weiteren Schichten auch bei gleichbleibenden Lohn- und Gehaltsbezügen durch seinen Preisfall steigenden Anteil an den materiellen Gütern des Lebens zu geben.“ (Nölting 1926: 10). Fand dies nicht mehr statt, verlor der Kapitalismus seine Legitimität.

Warum konnte die kapitalistische Wirtschaft nach Meinung breiter, nicht nur sozialistischer Kreise in den 1920er Jahren diese Ausschüttung nicht länger leisten? Die Antwort liegt darin, dass Produktivitätsfortschritte nur dann zur Senkung der Realpreise führten, wenn freier Wettbewerb herrschte. Unter diesen Bedingungen schieden Unternehmen – jedenfalls dem Modell nach – vermehrt aus dem Markt aus und effizientere, d.h. größere Unternehmungen setzten sich aufgrund der mit Skaleneffekten verbundenen Kostenvorteile durch (Briefs 1928: 8). An diesem Punkt zeigte der Kapitalismus in der Weimarer Republik jedoch seine Unfähigkeit, der eigenen liberalen Doktrin gerecht zu werden. Die Unternehmen organisierten sich statt dessen in Kartellen, in denen sich die Preisgestaltung an dem am wenigsten rentablen Betrieb orientierte. Hier geriet das ökonomische Kalkül der Wirtschaft in Gegensatz zur technischen Vernunft. Das Heilmittel des technischen Fortschritts wurde aus der Hand gegeben, um die bestehenden Machtverhältnisse zu sichern.

Die rasanten Fortschritte der Technik und die potentiellen Produktivitätszuwächse standen im Gegensatz zur krisenhaften Realität der kapitalistischen Wirtschaft und es schien offensichtlich, dass mit den vorhandenen Produktivkräften viel mehr produziert werden konnte, als es faktisch der Fall war. Dies spielte in den Gesellschaftsutopien Walther Rathenaus ebenso eine Rolle wie in den Sozialisierungsentwürfen nach dem Ersten Weltkrieg: das vorrangige Ziel einer neuen Wirtschaftsordnung musste die Anpassung der Organisation der Wirtschaft an die gegebenen technischen Möglichkeiten sein. Sehr populär formulierte diesen Gedanken der Gewerkschaftsfunktionär Fritz Tarnow in seinem in der Nationalökonomie viel diskutierten Buch *Warum arm sein?*, bei dem er nicht von ungefähr als Titel eine Kapitelüberschrift aus Henry Fords Autobiographie gewählt hatte. Die Grundthese lautete, dass die Deutschen viel armseliger lebten, als es den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprach, denn die Produktionsmöglichkeiten würden bei weitem nicht ausgenutzt: „Wir leben nicht mehr in einer Krise der Produktion, sondern des Absatzes.“ (Tarnow 1928: 14f). Dieser Zustand ließe sich nur durch drastische Lohnsteigerungen ändern, um die Kaufkraft der Arbeiter zu erhöhen. In gleicher Weise würden die dadurch ausgelösten Kostensteigerungen die Unternehmen zwingen, stärker zu rationalisieren (ebd.: 66). Die Unternehmen sollten also zu je-

ner Vorgehensweise gezwungen werden, die Henry Ford populär gemacht hatte, nämlich relativ hohe Löhne mit fortschreitender Rationalisierung zu verbinden (Ford 1923).

Während der Taylorismus und die mit ihm einhergehenden Schikanierungen auch in den 1920er Jahren von einem Großteil der Arbeiter abgelehnt wurde (Stollberg 1981: 92), avancierte Fords *Mein Leben und Werk*, eine eigenartige Mischung aus Lebensbericht und Bekenntnisschrift, zu einem Bestseller, der von links bis rechts auf breite Zustimmung traf (Radkau 1989: 272). Ford wies einen scheinbar verblüffend einfachen Weg auf, die technischen Potentiale der Gemeinschaft nutzbar zu machen. Zugleich vermied er Gottl-Ottlilienfeld zufolge die Zerstückelung des Arbeitsprozesses und die damit einhergehende maximale Spezialisierung des einzelnen Arbeiters: „Diese Taylorei ist Filigranarbeit am Betriebe, achtenswert in ihrer eigenen Technik, aber verklügelt; und der Betrieb verkünstelt sie wirklich zum Seelenlosen eines Uhrwerks. Unter dem stählernen Stempel der ‘Normung’ wird die Persönlichkeit des Arbeiters totgequetscht. Und wenn in Sachen der Leitung ganz grundsätzlich auch an Stelle der Persönlichkeit Organisation gesetzt wird, so läuft dies zusammen auf eine Orgie der Organisation jenes Geistes hinaus, oder vielmehr jener Geistlosigkeit, für die ein Henry Ford nur Hohn und Verachtung übrig hat.“ (Gottl-Ottlilienfeld 1924: 8).

Der Unterschied zwischen Taylorismus und Fordismus sollte darin bestehen, dass letzterer die technische Rationalität der Produktion mit einer Informalisierung der Arbeitsbeziehungen zu versprechen schien, bei der Bürokratie und statistische Abteilungen keine Rolle mehr spielen würden. Der Kieler Nationalökonom Hermann Bente schrieb, dass der „Bereich der organisierten Unwirtschaftlichkeit grundsätzlich beschränkt [sei] auf jene wirtschaftlichen Handlungsbereiche, in denen ‘Lebensverhältnisse’ zu organisieren sind. Der gesamte Bereich des Wirtschaftens der auf Sache gerichtet ist, ja mehr noch, alle Arbeit, die sich ohne Vergewaltigung des Ziels mechanisch ausführen läßt, ist gegen organisierte Unwirtschaftlichkeit wesentlich immun“ (Bente 1929: 48). Bei Bente verband sich höchstmögliche technische Rationalisierung mit der Forderung, sämtliche persönliche Beziehungen innerhalb der Unternehmen auf Führerschaft und Charisma zu gründen.

Exemplarisch zeigt sich hier, dass in der richtig verstandenen technischen Vernunft eine Antwort auf eines der entscheidenden Probleme der Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg gesehen wurde, nämlich die Bürokratisierung und die mit ihr zusammenhängende Persönlichkeitskrise der Unternehmer (Degenfeld-Schornburg 1929: 245). Deren Ursachen wurden der ökonomischen Rationalität zugerechnet, schließlich stand auch hinter den Kartellen in erster Linie ein ökonomisches Kalkül, kein technisches. Überhaupt galt die Kritik am übersteigerten Gewinnstreben als allgemeiner Zug der Kulturkritik in Soziologie und Nationalökonomie (Stölting 1986: 77). Tarnow wies mit dem

Mittel der durch den Staat erzwungenen Lohnerhöhung einen möglichen Weg auf, wie der Gegensatz von technischer und ökonomischer Vernunft beseitigt werden konnte. Für Gottl-Ottlilienfeld bestand dieser Weg in der Bewusstseinsänderung sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter, in einem „weißen Sozialismus“ der reinen, tatfrohen Gesinnung, weg von der kurzfristigen Gewinnmaximierung und hin zur nachhaltigen Steigerung der „Ertriebswucht“ (Gottl-Ottlilienfeld 1924: 36f). Erstaunlicherweise war die technische Rationalität also für viele Nationalökonomien gerade das Gegenteil von Zweckrationalität; viel häufiger wurden Technik und technische Rationalität zu einem natürlichen Leben in Beziehung gebracht, zur Entfaltung der Persönlichkeit und einer gerechten Ordnung, ob es sich um den Entwurf einer Planwirtschaft handelte oder um die Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Lüdders 2004). Die Organisation hatte sich an den technischen Potentialen zu orientieren, jedoch sollte die angestrebte Synthese zugleich die Entfaltung des ganzen Menschen ermöglichen, also gerade keine Kolonialisierung der Lebenswelt mit sich bringen. In Karl Ballods *Zukunftsstaat* von 1920 wurden zum einen minutiös die technischen Potentiale statistisch ausgerechnet, zum anderen mit der ins Höchstmaß gesteigerten Rationalität der Produktion das einfache Leben von Menschen in Gartenstädten jenseits der aktuell inhumanen Großstädte verbunden (Ballod 1920: 57-61). Keineswegs also handelte es sich um die einseitige Technisierung der Lebenswelt, sondern um die Synthese von Technik und Sozialem, die sich in der Einheit von Produktion und Einstellung manifestierte – mit der Gemeinschaft als der Technisierung adäquaten Sozialform.

Zugleich sollten damit die logischen Gegensätze von Organischem und Mechanischem aufgehoben werden. Bei Gottl-Ottlilienfeld wird das sehr deutlich: wenn er die Prinzipien der technischen Vernunft beschrieb, fasste er diese geradezu als Lebensgesetze der Technik, die der Ingenieur oder Unternehmer nicht einfach zu sezieren oder simulieren hatte, sondern für die er ein intuitives Verständnis gewinnen, in die er sich einfühlen musste (Gottl-Ottlilienfeld 1923). „Von beiden Seiten, der naturwissenschaftlichen Kausalität und der wirtschaftlichen Teleologie spinnen sich die Fäden, an denen sich das Vernünftige ans Licht des Lebens fortranken will“, schrieb Walter Waffenschmidt 1928 (Waffenschmidt 1928: 179). Auch die Maschinenmetapher hatte in der Weimarer Republik Konjunktur, wobei zugleich der „Führer“ der Maschine als Inbegriff des befähigten Staatslenkers galt, der im Rahmen der Großtechnik als geradezu in die Maschine integriert, als Teil von ihr vorzustellen war (Mergel 2005: 105ff; vgl. auch Sombart 1927: 904). Eduard Heimann lehnte zwar wörtlich die technische Logik ab, forderte jedoch im selben Atemzug eine menschliche Ordnung des Maschinenwesens als Erfüllung des eigentlichen Sinns der Maschine (Heimann 1980/1929: 134).

Wie war es logisch möglich, die mechanische Technik mit einer organischen

Sozialbegrifflichkeit zusammenzubringen? Eine mögliche Antwort liegt in dem mit dem Untergang des Kaiserreichs verbundenen „Weltverlust“ und der Notwendigkeit der Neubegründung der Nationalökonomie nach dem Ersten Weltkrieg. Ein bestimmter Theorietypus setzte sich durch, der von der epistemologischen Letztbegründung bis hin zur daraus abgeleiteten sozialen Ordnung einen Totalitätszusammenhang umfasste. Diese Denksysteme (als Vertreter wären z.B. Spann, Plenge, Gottl-Ottlilienfeld, Oppenheimer zu nennen) einte die Gegenüberstellung einer durch Zentrumsverlust und Ordnungslosigkeit ausgezeichneten Gegenwart als „Vorgeschichte“ und einer Zukunft als „Erlösung“. Die absolute Rationalisierung der Wirtschaft konnte im Rahmen dieses Denkens deshalb mit einer natürlichen Lebensform des Menschen zusammengedacht werden, weil Trennungen wie die zwischen Subjekt und Objekt, Mechanischem und Organischem, Haushalt und Betrieb, auch technischer und ökonomischer Rationalität, erst durch die Moderne hervorgebracht waren. Mit deren Überwindung in einer neuen Ordnung würde es auch eine einheitliche Logik geben, auf welche die nationalökonomischen Systeme einen Vorgriff darstellten – und mit der Überwindung der Antinomien der gesellschaftlichen Ordnung und der Logik würden auch die Antinomien in den Menschen verschwinden.

Der offensichtliche Utopismus dieses Denkens ist bereits übergreifend für das intellektuelle Klima der Weimarer Republik diagnostiziert worden (Graf 2003). In Anlehnung an einen von dem Althistoriker Christian Meier geprägten Begriff ließe sich hier von einem „Könnens-Bewusstsein“ sprechen: einem Gefühl für die problemlose Transformierbarkeit der gesellschaftlichen Institutionen, das deren historisches Gewordensein ignorierte (Meier 1980). Hier wird die Differenz zur Jüngerer Historischen Schule nochmals deutlich: hatte letztere in den Institutionen des Kaiserreichs stets einen festen Bezugspunkt gefunden, trat in der Weimarer Republik an deren Stelle eine Vielzahl gedachter Ordnungen, die jeweils die Überwindung der Krise versprachen (Lüdders 2004). Für die Charakterisierung der technischen Rationalität ergeben sich daraus zweierlei Folgerungen. Zum einen, dass ihr sozialphilosophischer Reiz in der Funktion als Mittel der Vereinfachung und Bewältigung des sich aus der Krise der Gegenwart ergebenden Komplexitätsüberschusses lag. Sie bot ein einheitliches Prinzip, aus dem von theoretischen Prämissen ausgehend eine Wirtschaftsordnung ideell neu gestaltet werden konnte. Dies führte aber zum anderen dazu, dass dieses Denken absolut praxisfern war. Die Anforderung der logischen Geschlossenheit hatte zur Folge, dass Ordnungsentwürfe nie partiell, sondern nur als völlige Neugestaltung des Bestehenden adäquat zu realisieren sein sollten. Auch wenn sich manche ihrer Vertreter für solche Entwürfe begeisterten (Schildt 1987: 537ff; Stremmel 2005: 105ff), waren sie für die Politik deshalb nicht anschlussfähig und bildeten einen entscheidenden Grund, warum die Nationalökonomie bei der politischen Entscheidungsfindung größten-

teils ignoriert wurde, zumal die Vielzahl solcher Denksysteme zugleich ihre Kontingenz offenbarte (Röpke 1925: 4, Laube 2004: 494).

5. Technikenttäuschung

Wilhelm Röpke schrieb 1929 in einem kurzen Beitrag für die Zeitschrift *Maschinenbau* über die Gründe der Krise der Nationalökonomie und ihr mangelhaftes Verhältnis zur Praxis. Röpkes Meinung nach lag eine der Hauptursachen darin, dass ihre Vertreter „nach Überwindung der theorielosen historischen Schule in einen methodologisch-philosophischen Tiefsinn verfallen sind, der sie über die Einleitungen nicht hinauskommen und das ganze Fundament der Wissenschaft zergrübeln läßt.“ Er hielt sogar die Produkte der Historischen Schule noch für genießbarer als diejenigen der modernen „Zerfaserer und Philosophaster“ (Röpke 1929). Hier äußerte sich exemplarisch die Irritation eines jüngeren Ökonomen angesichts des vorherrschenden Systempluralismus und einer philosophielastigen, sich im Streit um letzte Werte erschöpfenden Wirtschaftswissenschaft, die in Gefahr war, „mit den Dichtern in den Wolken zu wohnen und nicht auf dem festen Boden der Wirtschaft.“ (Dix 1929: 307).

Ein wichtiger Versuch, das Verhältnis von Technik und Ökonomie auf eine pragmatischere Grundlage zu stellen, war die 1928 von dem Betriebswirtschaftler Eugen Schmalenbach gehaltene Rede über die „Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung“ (Schmalenbach 1928). Dieser Vortrag erregte republikweite Aufmerksamkeit, weil er eine staatlich gelenkte Zwangswirtschaft voraussagte. Schmalenbach begründete dies damit, dass die Unternehmen in ökonomisch schlechten Zeiten ihre Produktionskosten der geringeren Nachfrage nicht anpassen könnten. Der Grund lag in den durch die hohe Kapitalintensität und den Bürokratisierungsgrad der deutschen Wirtschaft bedingten Fixkosten, die Schmalenbach als Kosten der Betriebsbereitschaft definierte und die unabhängig davon anfielen, wieviel ein Unternehmen produzierte. Resultat war nach Schmalenbach die noch weiter zunehmende Organisation der Unternehmen in Kartellen. Weil jedoch nicht verhindert werden konnte, dass die rentabelsten Unternehmen bei Gelegenheit aus dem Kartell ausbrachen, war die Bildung eines staatlichen Zwangskartells auf die Dauer unvermeidlich.

Der Kern von Schmalenbachs Argument war, dass die technische Rationalität in Zeiten der großbetrieblichen Produktion Handlungsweisen erzwang, die im Rahmen der freien Marktwirtschaft unökonomisch waren, beispielsweise die Kapazitätsausweitung trotz sinkender Nachfrage. Wie Alfred Sohn-Rethel später meinte, gerieten Betriebsökonomie und Marktökonomie in Widerspruch miteinander (Sohn-Rethel 1972: 177-182). Daraus ergab sich aber, dass die Planwirtschaft oder eine andere, auf Staatseingriffen basierende Wirtschafts-

ordnung keine stolze Vision mehr war, sondern ein notwendiges Übel. Schmalenbach ging es in erster Linie um eine sachliche Diskussion seiner Überlegungen zur gesamtwirtschaftlichen Dynamik der Fixkostenproblematik; zeitweilig konnte er auch hoffen, dass sich die Politik seiner Vorschläge (Kartelle als Ordnungsfaktoren der Wirtschaft einzusetzen) annehmen würde. Er wurde jedoch in beiderlei Hinsicht enttäuscht: zum einen konnte er seinen Ansichten kein Gehör verschaffen (Kruk/Potthoff/Sieben 1984: 119ff), zum anderen verbanden sich seine Thesen in der Diskussion rasch mit der von Werner Sombart initiierten Diskussion um die „Wandlungen des Kapitalismus“ (Sombart 1929). Sombart hatte auf der Züricher Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1928 die These aufgestellt, dass die freie Wirtschaft in das Zeitalter des Spätkapitalismus eingetreten sei, das sich durch übermäßige Bürokratisierung, Abschwächung der Kapitalakkumulation und der Innovationspotentiale sowie das Fehlen großer Unternehmerpersönlichkeiten auszeichnete. Zudem würden durch die Industrialisierung der Schwellenländer auswärtige Absatzmärkte wegfallen und die bislang bestehende internationale Arbeitsteilung langfristig unterhöhlt. In der folgenden Debatte war Schmalenbachs Fixkostenargument dann nur noch ein Topos, an den sich weitreichende Spekulationen über die inhärente Entwicklungsdynamik der Wirtschaft und des Staates zu einer Planwirtschaft oder einer (in der konservativen Version) „gebundenen Wirtschaft“ anschlossen.

In dieser Debatte zeigte sich bereits vor der Weltwirtschaftskrise ein sehr viel stärkerer technikskeptischer Zug, der sich in der Weltwirtschaftskrise noch gravierend verstärkte. Dass die technische Rationalität eine Eigendynamik gewonnen hatte, die sich im Rahmen des bestehenden Systems nicht mehr beherrschen ließ, wurde zu einem stetig wiederkehrenden Motiv der Debatte um eine neue Wirtschaftsordnung. Seinen Ausdruck fand dies vor allem in der Rede vom zu schnellen technischen Fortschritt (Beckerath 1931: Lederer 1931), der die Produktivitätspotentiale der Wirtschaft rascher erhöht (und dementsprechend Arbeitskräfte freigesetzt) hatte, als die Wirtschaft Nachfragemöglichkeiten schaffen konnte. In diesem Punkt trafen sich selbst die sozialistischen Unterkonsumptionstheoretiker mit den österreichischen Liberalen, deren Argumentation ebenfalls darauf hinauslief, dass das Investitionsvolumen in den 1920er Jahren im Vergleich zu den Konsummöglichkeiten unverhältnismäßig hoch gewesen sei. „Wir erlebten die Tendenz der Technik zum Vollzuge einer Idee, welche wir als die Idee der automatischen Fabrik bezeichnen könnten, für welche die form-, tempo- und mengenmäßige Bindung aller Teile aneinander durch das laufende Band kennzeichnend sein würde. Eine solche Fabrikationsweise ist technisch, nach Quantität und durchaus auch nach Qualität, überaus leistungsfähig, aber diese höchste technische Lebendigkeit bedeutet sicherlich, unter sonst gleichen Umständen, ökonomische Starrheit.“ (Möller 1933: 5)

Angesichts der krisenhaften Verschärfung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft seit 1929 verlor sich alle Technikeuphorie. Technik war nicht länger ein in der Hand des Menschen liegendes Gestaltungsmittel, sondern es galt sie autoritär zu bändigen. Die Pointe des Schmalenbachschen Arguments war ja gerade, dass es sich bei der Fixkostenfalle um einen *unbeabsichtigten* Nebeneffekt der technischen Rationalisierung handelte. Somit hatte sich die freie Wirtschaft als unfähig erwiesen, ökonomische und technische Rationalität zusammenzubringen, vielmehr war sie zu einem Sklaven der großtechnischen Eigendynamik geworden. Zugleich war für die Nationalökonomie – egal ob ihre Vertreter das positiv oder negativ bewerteten – die freie Marktwirtschaft in den frühen 1930er Jahren schon Geschichte. Sie sprachen von Interventionismus, Spätkapitalismus, einer planlosen Planwirtschaft etc., weil die Vielzahl an Staatseingriffen und binnenwirtschaftlichen Organisationstendenzen bereits all die Instrumente hervorgebracht hatte, die nur der Staat effektiv beherrschen konnte. Für Ludwig Mises zog ein Staatseingriff den nächsten nach sich, um die Auswirkungen des vorigen zu korrigieren. Am Ende entstand ein Torso sich gegenseitig korrigierender Interventionen, so dass die Illusion entstehen konnte, eine staatlich zentralisierte Planwirtschaft könne diese Probleme viel effektiver lösen als die gegenwärtige Demokratie (Mises 1929: 53f). Positiv formulierte hingegen Carl Landauer eine wirtschaftsdemokratisch verfasste Planwirtschaft als Alternative zur gegenwärtigen „planlosen Planwirtschaft“, um dadurch eigentlich erst die Forderungen der ökonomischen Rationalität gesamtwirtschaftlich durchzusetzen (Landauer 1932: 108ff).

Resümee

Wirtschaft und Gesellschaft nach technischen Prinzipien zu organisieren, war seit dem Ersten Weltkrieg eine in Westeuropa weit verbreitete Vorstellung (Van Laak 2004: 441). Auch in den USA gab es eine einflussreiche Technokratie-Bewegung, die sich besonders in den 1920er Jahren eines regen Zulaufs erfreute (Willeke 1995). In der Forschung werden diese technokratischen Visionen jedoch zumeist auf der Ebene der öffentlichen Meinung, im Sinne einfach vorhandener gesellschaftspolitischer Leitbilder verortet. Das lässt allerdings nur den etwas diffusen Schluss zu, dass solche Ideen (im Sinne des Zeitgeistes) weit verbreitet gewesen seien. Das Beispiel der Technikkonzeptionen der Nationalökonomie ermöglichte hingegen einen Blick darauf zu werfen, wie solche Vorstellungen im Rahmen einer wissenschaftlichen Disziplin verhandelt wurden. Das ist deswegen interessant, weil es in diesem Kontext nicht ausreichte, sie einfach nur zu behaupten; vielmehr mussten sie rational begründet werden.

Der Schluss liegt nahe, die Propagierung technischer Organisationsprinzipien vor allem als Antwort auf Probleme der gesellschaftlichen Selbststeuerung zu

interpretieren, insbesondere auf Desintegrationsprozesse der Moderne, wie sie nahezu alle Länder mit entwickelten Volkswirtschaften betrafen. Die deutsche Nationalökonomie referierte dabei jedoch in gewisser Weise auf eine doppelte Krise: es wurde nach Lösungsmöglichkeiten für eine durch Weltkrieg und Inflation verschärfte Lage gesucht, die aber zugleich als Symptom einer generellen Krise der Moderne erschien und in der Weimarer Republik in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar wurde (vgl. Peukert 1997: 266ff). Liberalismus, Kapitalismus und Aufklärung wurden dabei mit einem Trennungsdenken in Beziehung gesetzt, dass sich in der Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt, Haushalt und Betrieb, Funktionalität und Ästhetik etc. manifestierte und mit Zerrissenheit und Ordnungsverlust assoziiert wurde.

Diese Diagnose war an sich nicht neu. Bereits Max Weber und Georg Simmel sahen solche Differenzierungen als Resultate von Aufklärung und Industrialisierung an, die zur Auflösung der vormodernen Eindeutigkeit und zur Vereinzelung des Menschen geführt hatten. Für sie stellte dies allerdings einen irreversiblen Prozess dar, unter dem die Menschen litten, den sie aber schlicht zu ertragen hatten. Dies veränderte sich mit dem Ersten Weltkrieg: nicht mehr vom „stahlharten Gehäuse“ war die Rede, sondern von der Möglichkeit der Überwindung der Moderne in einer neuen Ordnung. Eine Ursache dafür war sicher der durch Krieg und Inflation erzeugte Problemdruck, mehr aber noch, dass diese Ereignisse jeweils für sich eine fundamentale Kontingenzerfahrung darstellten. Während die Revolution ein Beispiel dafür bot, wie eine selbstverständlich erscheinende und sich über Jahrzehnte als Vollenderin der deutschen Geschichte inszenierende Ordnung innerhalb kürzester Zeit beseitigt werden konnte, schien die Inflation nicht nur die gesellschaftliche Schichtung auf den Kopf zu stellen, sondern zerstörte mit dem Geldwert auch einen zentralen Faktor der individuellen Erwartungssicherheit. Weil aber die Verhältnisse der Weimarer Republik als veränderbar und bereits in der Transformation befindlich angesehen wurden, drang diese Kontingenz auch in den wissenschaftlichen Diskurs ein: es musste jeweils angegeben werden, auf welche Ordnung man sich bezog und warum. In diesem Begründungszwang lässt sich der Reiz der Technik als Denkmittel erblicken. Ausgehend von den Prinzipien der technischen Rationalität ließen sich eindeutige Gesellschaftsentwürfe konstruieren, zumal Technik sowohl eine materiale Ordnung wie auch eine besondere Bewusstseinshaltung repräsentieren konnte, die für sich in Anspruch nahm, ideologische Positionen in Sachfragen zu transformieren. In diesem Sinne ist die Technikemphase der Nationalökonomie der 1920er Jahre in Verbindung mit den Anstrengungen zu deuten, den gesellschaftlichen Neuentwurf ausgehend von bestimmten „letzten“ Prinzipien zu leisten.

Das Problem war allein, dass auf diese Art eine Vielzahl letztbegründeter Entwürfe (somit strukturell ähnlicher Theorien) nebeneinander standen, die aufgrund ihrer Letztbegründetheit aber untereinander nicht vermittelbar waren.

Dass somit trotz einer Vielzahl von Theorieangeboten kein produktiver Diskurs zustande kam, wurde zeitgenössisch als „Krise“ der Nationalökonomie beschrieben. Dies stellte gerade im internationalen Vergleich eine Besonderheit dar. Während etwa die englische und amerikanische Volkswirtschaftslehre trotz aller widrigen Zeitumstände und trotz der Herausforderung durch den Institutionalismus weiterhin einen produktiven Diskurs pflegte, verlor sich die deutsche Nationalökonomie in einem Streit um letzte Werte und neue Ordnungen, der die Aussagekraft ihrer Erkenntnisse stark einschränkte. Das war wohl nicht zuletzt die Konsequenz daraus, dass in den genannten Ländern keine solch gravierende Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung zu Tage trat, sie also nicht in gleich fundamentaler Weise zum Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion gemacht wurde. In Deutschland hingegen führte die Schwere der Krise dazu, dass die Anstrengung, sie zu überwinden, eher zu einer weiteren Verschärfung führte. Lösungsvorschläge mussten, um im wissenschaftlichen Diskurs legitim zu erscheinen, letztbegründet vorgetragen werden. Dadurch wurde aber eine pragmatische Diskussion gerade verhindert.

Während also die nationalökonomischen Systeme für sich jeweils einen absoluten Wahrheitsanspruch vertraten, erzeugten sie in ihrer Gesamtheit eine große Unsicherheit. Das ändert aber nichts daran, dass sie für sich durchaus rationale Entwürfe darstellten. Insofern trifft Jeffrey Herfs Formel vom *reactionary modernism* (Herf 1984), also die Behauptung eines paradoxen Zusammengehens von rückwärtsgewandter politischer Einstellung und Bejahung des technischen Fortschritts, die nationalökonomischen Technikkonzeptionen sicher nicht: sie waren weder irrational, noch paradox, sondern rational aus der Perspektive eines höheren Dritten, von dem aus gesehen die Beobachtung der zerrissenen Moderne erst möglich wurde. Damit wird es aber zugleich schwierig, klare Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus zu ziehen. Sicher tauchten Elemente des utopischen Denkens in den Jahren nach 1933 wieder auf, sei es in den Betriebsgemeinschaften oder der Idee der „Schönheit der Arbeit“, die den Gegensatz von Funktionalität und Ästhetik zu beseitigen beanspruchte; ob sich aber Verbindungslinien über solche Einzelbeispiele hinaus ziehen lassen, bleibt vorläufig unklar. Deutlicher erscheint jedoch, dass sich anhand der Geschichte solcher Ordnungsentwürfe auf geradezu exemplarische Weise die Destabilisierung der Weimarer Republik nachvollziehen lässt. Es war kaum jemals ein Thema, die bestehenden Verhältnisse zu retten oder zu verbessern, immer zielten sie auf deren Neugestaltung, ohne dass es einen Konsens darüber gab, in welche Richtung diese gehen konnte. Dies beförderte ein diffuses Bewusstsein dafür, alles sei besser als der gegenwärtige Zustand, ohne dass dem eine klare Alternative entsprochen hätte. Das legte es zumindest nahe, die Hoffnung auf einen starken Staat zu setzen, als die Technikeuphorie im Zuge der Weltwirtschaftskrise hinfällig wurde. Substantiell hatte die Nationalökonomie, selbst wenn sie gewollt hätte, diesem Dezisionismus nichts entgegen-

zusetzen. Als weiteres kommt hinzu, dass die Entwicklung einer neuen Ordnung vor allem auf die Schaffung eines einheitlichen Bewusstseins zielte; der antidemokratische Affekt im Bild einer Gesellschaft, in der alle einer Meinung sind, liegt klar auf der Hand.

Angesichts der skizzierten Lage scheint es verständlich, dass die ökonomiegeschichtliche Literatur kein gutes Haar an der Nationalökonomie der 1920er Jahre gelassen hat, der in erster Linie ihre sozialphilosophische „Verquastheit“ vorgeworfen wird (Winkel 1977: 118; Krohn 1981: 19ff.). Aber auch wenn es für solche Verdikte durchaus gute Gründe geben mag: aus historischer Sicht ist doch der scharfe Kontrast zur heutigen Volkswirtschaftslehre auffällig. Letztere suggeriert eine absolute Aussagensicherheit was die Vorzüge einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik angeht, kann jedoch nach der fachinternen Marginalisierung des Keynesianismus diese Aussagen selbst kaum mehr problematisieren (was sie allerdings auch nicht für nötig hält). Während der *mainstream* der heutigen Volkswirtschaftslehre ein großes Selbstbewusstsein mit einer ausgeprägten epistemologischen Naivität verbindet, war in den 1920er Jahren genau das Gegenteil der Fall.

Literatur

- Ballod, Karl (1920): *Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat*. 3. Auflage. Stuttgart
- Beckerath, Herbert von: *Kapitalverschleiß und technischer Fortschritt in freier Konkurrenzwirtschaft und gebundener Wirtschaft*. In: Harms, Bernhard (Hg.): *Kapital und Kapitalismus*. Bd. 2. Berlin 1931: 327-349
- Beckmann, Ulf (2000): *Von Löwe bis Leontief. Die Pioniere der Konjunkturforschung am Kieler Institut für Weltwirtschaft*. Marburg
- Bente, Hermann (1929): *Organisierte Unwirtschaftlichkeit. Die ökonomische Gestalt verbeamteter Wirtschaft und ihre Wandlung im Zeitalter des gesamtwirtschaftlichen Kapitalismus*. Jena
- Bonn, Moritz Julius (1931): *Wirtschaftsgestaltung und Hochschulziele*. Unveröffentlichter Vortrag (27.10.1931). Bundesarchiv Koblenz. Nl. 82: Moritz Julius Bonn, Kasten 10e
- Briefs, Götz (1928): Kartellkritik des Liberalismus. In: *Magazin der Wirtschaft* (5.1.1928): 7-11
- Buber, Martin (1985): *Pfade in Utopia. Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung*. Darmstadt
- Degenfeld-Schornburg, Ferdinand Graf von (1929): Die Unternehmerpersönlichkeit in der modernen Volkswirtschaft. In: *Schmollers Jahrbuch* 53: 233-253
- Dix, Arthur (1929): Abwege der Volkswirtschaftslehre. In: *Der Arbeitgeber* 11/1929: 307-308
- Force, Pierre (2004): *Self-Interest before Adam Smith. A Genealogy of Economic Science*. Cambridge
- Ford, Henry (1923): *Mein Leben und Werk*. Leipzig
- Goldscheid, Rudolf (1919): *Sanierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott. Ein Sanierungsprogramm*. Leipzig/Wien
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v. (1923): *Wirtschaft und Technik* (Grundriß der Sozialökonomik. Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft Bd.2). Tübingen
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v. (1924): *Fordismus? Paraphrasen über das Verhältnis von wirtschaftlicher und technischer Vernunft*. Kiel
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v. (1925): *Wirtschaft als Leben. Eine Sammlung erkenntniskritischer Schriften*. Jena
- Gottl-Ottlilienfeld (1932): *Der Mythos der Planwirtschaft. Vom Wahn im Wirtschaftsleben*. Jena
- Graf, Rüdiger (2003): Die Mentalisierung des Nirgendwo und die Transformation der Gesellschaft. Der theoretische Utopiediskurs in Deutschland 1900-1933. In: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*. München: 145-173

- Hachtmann, Rüdiger (1996): Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900-1945. Bemerkungen zum Forschungsstand. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* H.1: 211-258
- Häuser, Karl (1994): Das Ende der historischen Schule und die Ambiguität der deutschen Nationalökonomie in den 1920er Jahren. In: Nörr, Knut Wolfgang et. al. (Hg.): *Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: 47-74
- Hayek, Friedrich (1991/1944): *The road to serfdom*. London
- Hayek, Friedrich (1929): *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*. Wien/Leipzig
- Heimann, Eduard (1980/1929): *Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt
- Herf, Jeffrey (1984): *Reactionary Modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*. Cambridge
- Herkner, Heinrich (1921): *Die Arbeiterfrage. Eine Einführung*. Berlin/Leipzig
- Kretschmar, Hans (1930): *Die Einheit der Volkswirtschaft in den älteren deutschen Wirtschaftslehren*. Kiel
- Krohn, Claus-Dieter (1981): *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933*. Frankfurt/M.
- Kruk, Max; Potthoff, Erich; Sieben, Günter (1984): *Eugen Schmalenbach. Der Mann, sein Werk, die Wirkung*. Stuttgart
- Landauer, Carl (1932): *Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft*. München/Leipzig
- Laube, Reinhard (2004): *Karl Mannheim und die Krise des Historismus. Historismus als wissenschaftlicher Perspektivismus*. Göttingen
- Lederer, Emil (1931): *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit*. Tübingen
- Lüdders, Marc (2004): *Die Suche nach einem „Dritten Weg“. Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Weimarer Republik*. Frankfurt/M.
- Meier, Christian (1978): Ein antikes Äquivalent des Fortschrittsgedankens? Das „Könnens-Bewußtsein“ des 5. Jahrhunderts v. Chr.. In: *Historische Zeitschrift* 226: 265-316
- Mergel, Thomas (2005): Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus. In: Hardtwig, Wolfgang (Hg.): *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit*. Göttingen: 91-127
- Mises, Ludwig (1928): *Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik*. Jena
- Mises, Ludwig (1929): *Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart*. Jena
- Möller, Hero (1932): *Das kapitalistische System und die Weltwirtschaftskrise*. Unveröffentlichter Vortrag (19.1.1932). Universitätsarchiv Tübingen. Nl. Hero Möller, D 412/7
- Möller, Hero (1933): *Rationale Technik und irrationale Wirtschaft*. Unveröffentlichter Vortrag (Sommer/Herbst 1933). Universitätsarchiv Tübingen. Nl. Hero Möller, D 412/6
- Nölting, Ernst (1926): Kartelle und Wirtschaftskrise. In: *Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 6/7: 6-12
- Nolan, Mary (1994): *Visions of Modernity. American Business and the Modernization of Germany*. New York
- Novy, Klaus (1978): *Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik*. Frankfurt/New York
- Peukert, Detlev (1997): *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*. Frankfurt/M.
- Radkau, Joachim (1989): *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Frankfurt/M.
- Rohkrämer, Thomas (1999): *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland*. Paderborn
- Röpke, Wilhelm (1925): *Geld und Außenhandel*. Jena
- Röpke, Wilhelm (1929): Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis. In: *Maschinenbau* 8/13 (19.9.1929)
- Schildt, Axel (1987): Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 35: 523-570
- Schmalenbach, Eugen (1928): Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung. In: *Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung* 5: 241-251

- Schmidt, Karl-Heinz (1993): Ökonomie und Technologie. In: Jürgen G. Backhaus (Hg.): *Gustav Schmoller und die Probleme von heute*. Berlin: 261-274
- Schmitt; Carl (1921): Politische Theorie und Romantik. In: *Historische Zeitschrift* 123: 377-397
- Schumpeter, Joseph (1964/1911): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. 5. Auflage. Berlin
- Schumpeter, Joseph (1972/1946): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 3. Auflage. München
- Singer, Kurt (1932): Von den Prinzipien der Konjunkturtheorie. In: *Rezai Gaku Ronsku*. Tokyo: 1-38
- Sohn-Rethel, Alfred (1972): *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*. Frankfurt
- Sombart, Werner (1911): Technik und Kultur. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 33: 305-347
- Sombart, Werner (1927): *Der moderne Kapitalismus*. 2. Auflage Bd. 3: *Wirtschaftsleben des Hochkapitalismus*. Berlin
- Sombart, Werner (1929): Die Wandlungen des Kapitalismus. In: Boese, Franz (Hg.): *Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Zürich 1928. Wandlungen des Kapitalismus. Auslandsanleihen, Kredit und Konjunktur*. München/Leipzig
- Sombart, Werner (1930): *Die drei Nationalökonomien. Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft*. München/Leipzig
- Spann, Othmar (1921): *Fundament der Volkswirtschaftslehre*. 2. Auflage. Jena
- Stollberg, Gunnar (1981): *Die Rationalisierungsdebatte 1908-1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitbestimmung und Gegenwehr*. Frankfurt/M.
- Stölting, Erhard (1986): *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*. Berlin
- Stremmel, Ralf (2005): *Kammern der gewerblichen Wirtschaft im „Dritten Reich“. Allgemeine Entwicklung und das Fallbeispiel Westfalen-Lippe*. Dortmund/Münster
- Tarnow, Fritz (1928): *Warum arm sein?* Berlin
- Waffenschmidt, Walter G. (1928): *Technik und Wirtschaft*. Jena
- Van Laak, Dirk (2004): Jenseits von Knappheit und Gefälle. Technokratische Leitbilder gesellschaftlicher Ordnung. In: Berghoff, Hartmut/ Vogel, Jakob (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwechsels*. Frankfurt/M.: 435-454
- Voigt, Andreas (1928): Artikel „Technik und Wirtschaft“. In: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* Bd.8, 4.Auflage. Jena: 47-54
- Weber, Max (1958): *Wirtschaftsgeschichte Abriss zur universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*. Berlin
- Wicksell, Knut (1898): *Geldzins und Güterpreise. Eine Studie über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen*. Jena
- Willeke, Stefan (1995): *Die Technokratiebewegung in Nordamerika und Deutschland zwischen den Weltkriegen: eine vergleichende Analyse*. Frankfurt/M.
- Winkel, Harald (1977): *Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert*. Darmstadt